

Landgericht Berlin



Landgericht Berlin,

[Redacted]

3

Rechtsanwälte  
Gansel Rechtsanwälte

[Redacted]

für Rückfragen:  
Telefon: 030 90188-0  
Telefax: 030 90188-518  
Zimmer: 246

Sie erreichen die zuständige Stelle am besten:  
montags bis freitags 9 Uhr bis 13 Uhr

Info- und Rechtsantragsstellen am Standort [Redacted]  
zusätzlich donnerstags 15 Uhr bis 18 Uhr

Hinweis: barrierefreier Zugang: [Redacted], barrierefreie  
Parkplätze vorhanden (Einfahrt [Redacted])  
Telefon: Endz. 1-5 App. 541, Endz. 6-0 App. 486

Ihr Zeichen

[Redacted]

Bitte bei Antwort angeben  
Akten- / Geschäftszeichen  
3 0 177/20

Datum  
15.03.2021

[Redacted] ../. Volkswagen AG

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,  
  
anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Urteils vom  
12.03.2021 nebst Anlagen.  
  
Mit freundlichen Grüßen

Wolff, JBesch  
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne  
Unterschrift gültig.

Hausanschrift

Az : 3 0 177/20

Fahrverbindung

[redacted] (U7),  
Jungfernteide (U7)  
[redacted] (Ringbahn)  
BusX9,X21,M21,109, 126  
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Bankverbindung

[redacted].  
Konto der Kosteneinziehungssteile der Justiz (KEJ),  
IBAN: DE20 1001 0010 0000 3521 08,  
BIC: PBNKDEFF  
Bitte Gericht und Aktenzeichen angeben.

Kommunikation

Telefon:  
030 90188-0  
Telefax:  
030 90188-518

# Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Landgerichts Berlin,  
Zivilkammer 3,  
am Freitag, 12.03.2021 in [REDACTED]

**Gegenwärtig:**

Vorsitzender Richter am Landgericht Niebisch  
als Einzelrichter

Von der Zuziehung eines Protokollführers gern. § 159 Abs. 1 ZPO  
wurde abgesehen

In Sachen

[REDACTED] . ./ . Volkswagen AG  
erschien bei Aufruf der Sache:

Niemand.

Es wurde das vollständig vorliegende Urteil verkündet durch  
Bezugnahme auf die folgende Ur-  
teilsformel:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 42.600,00 €  
nebst Zinsen in Höhe von fünf Pro-  
zentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem  
22.11.2019 zu zahlen,

Zug-um-Zug gegen Übereignung und Herausgabe des  
Fahrzeugs der Marke VW vom Typ  
T6 Kombi 2.0 TDI 4-Motion mit der  
Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN)  
[REDACTED] nebst zwei  
Fahrzeugschlüsseln, Kfz-Schein und Kfz-Brief.

2. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der  
Annahme der im Tenor zu 1) genann-  
ten Zug-um-Zug-Leistungen in Verzug befindet.

3. Es wird festgestellt, dass der Rechtsstreit in der Hauptsache in Höhe von 990,08 € erledigt ist.
4. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
5. Von den Kosten des Rechtsstreits haben der Kläger 15 % und die Beklagte 85 % zu tragen.
6. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für den Kläger jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages. Der Kläger darf die Vollstreckung der Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

Niebisch  
Vorsitzender Richter am Landgericht



# Urteil

\_\_\_\_\_,  
\_\_\_\_\_.

[illegible]

\_\_\_\_\_

[illegible]

Zug-um-Zug gegen Übereignung und Herausgabe des Fahrzeugs der Marke VW vom Typ

T6 Kombi 2.0 TDI 4-Motion mit der Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN) [REDACTED] nebst zwei Fahrzeugschlüsseln, Kfz-Schein und Kfz-Brief.

2. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme der im Tenor zu 1) genannten Zug-um-Zug-Leistungen in Verzug befindet .
3. Es wird festgestellt, dass der Rechtsstreit in der Hauptsache in Höhe von 990,08 € erledigt ist.
4. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
5. Von den Kosten des Rechtsstreits haben der Kläger 15 % und die Beklagte 85 % zu tragen.
8. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für den Kläger jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages. Der Kläger darf die Vollstreckung der Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

## Tatbestand

Der Kläger kaufte bei der [REDACTED] den im Klageantrag zu 1) näher bezeichneten Neuwagen VW T6 zum Preis von 49.229,50 €; wegen der Einzelheiten wird auf die Anlage K 1 zur Replik Bezug genommen. In dem streitgegenständlichen, von der Beklagten hergestellten Fahrzeug ist ein ebenfalls von der Beklagten hergestellter 2,0l TDI-Dieselmotor mit der internen Typbezeichnung „EA288“ verbaut, dessen Typgenehmigung darauf beruhte, dass das Fahrzeug die Grenzwerte der EU-6-Abgasnorm einhält.

Der Kläger zahlte 22.000,00 € selbst und finanzierte den restlichen Kaufpreis über ein Darlehen bei der Volkswagen Bank, das Kosten in Form von Zinsen in Höhe von 1.569,86 € verursachte.

Der Motor ist mit einem SCR-Katalysator ausgestattet, der mit der künstlichen Harnstofflösung AdBlue betrieben wird. Diese wird im Katalysator zu Ammoniak umgewandelt, der sodann mit NOx reagiert, was den Ausstoß von Stickoxiden verringert. Ferner wird in dem Motor ein Abgasrückführungssystem eingesetzt, um den Ausstoß von Stickoxiden zu vermeiden. Dabei wird Abgas über ein Abgasrückführungsventil in den Ansaugtrakt des Motors zurückgeleitet, ersetzt dort

einen Teil der für den nächsten Verbrennungsprozess benötigten Frischladung und sorgt so für eine Absenkung der Verbrennungstemperatur, was dazu führt, dass weniger Stickoxide entstehen. Die Motorsteuerungssoftware war bei Auslieferung so programmiert, dass die Abgasrückführung nur bei Außentemperaturen zwischen 20 und 30 Grad Celsius optimal funktioniert. ' Mit Schreiben vom 19.11.2018 gab das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) eine Feldmaßnahme (Softwaremaßnahme), mit der das Stickoxid-Emissionsverhalten verbessert werden sollte, frei und erklärte, dass keine unzulässigen Abschalteinrichtungen festgestellt worden seien.

Am 17.04.2019 veröffentlichte das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) einen verpflichtenden Rückruf für das streitgegenständliche Fahrzeug, da eine Konformitätsabweichung zur Überschreitung des Euro-6-Grenzwertes für Stickoxide führe. \*

Die Beklagte forderte den Kläger mit Schreiben aus April 2019 auf, ein Software-Update bezüglich der Motorsteuerung durchführen zu lassen, das aufgrund einer Konformitätsabweichung und nicht aufgrund einer unzulässigen Abschalteinrichtung durchgeführt werde, sie bezeichnete dies als „Rückrufaktion 23Z7“. Am 30.04.2019 wurde das Software-Update beim streitgegenständlichen Fahrzeug auf Kosten der Beklagten durchgeführt. Wegen des nach dem Update höheren AdBlue-Verbrauchs erhielt der Kläger eine „AdBlue-Stempelkarte“, mit der er den AdBlue-Tank bei jedem Volkswagen-Nutzfahrzeug-Service-Partner bis zu acht Mal befüllen lassen kann, was einer AdBlue-Menge von 120 l entspricht. '

Mit anwaltlichem Schreiben vom 08.11.2019 verlangte der Kläger von der Beklagten Schadensersatz, teilte mit, dass sich der Kilometerstand zuletzt auf 29.565 belaufen habe, und forderte sie zur Zahlung von 49.229,50 €, „ggf. unter Abzug eines Nutzungsersatzes“, innerhalb von zwei Wochen ab Zugang des Schreibens auf. '

Der Kläger löste das Darlehen am 15.04.2020 vollständig ab, er ist jetzt Eigentümer des Fahrzeugs.

Der Kilometerstand lag am 12.04.2020 bei 40.100 und am 04.03.2021 bei 48.389.

Der Kläger behauptet, ihm sei es beim Kauf darauf angekommen, ein umweltfreundliches und wertstabiles Fahrzeug zu erwerben, das in allen innerdeutschen Städten uneingeschränkt genutzt werden könne, er sei davon ausgegangen, dass das Fahrzeug nicht vom Abgasskandal betroffen sei.

Zum Zeitpunkt des Kaufs habe der Motor unzulässige Abschaltvorrichtungen aufgewiesen. Insbesondere habe der Motor die gleiche Funktion aufgewiesen wie ursprünglich der EA189 und erkannte, ob sich das Fahrzeug auf dem Prüfstand oder im normalen Fahrbetrieb befinde, auf dieser Grundlage habe die Software die Abgasreinigungsvorgänge gesteuert und die Abgasreinigung im Normalbetrieb um ein Vielfaches reduziert mit dem Ergebnis, dass das Fahrzeug die Abgaswerte ausschließlich auf dem Prüfstand einhalte. Die Beklagte habe diese Funktionen mit dem Softwareupdate heimlich entfernt („ausbedatet“).

Im Prüfstandbetrieb werde dem Katalysator mehr AdBlue zugeführt als im Normalbetrieb, um auf dem Prüfstand die Grenzwerte zu erreichen. Im Normalbetrieb werde die Zuführung von AdBlue in Abhängigkeit vom Füllstand gesenkt.

Auch beim Thermofenster handle es sich um eine unzulässige Abschaltvorrichtung. Bereits ab Außentemperaturen von unter 17 °C und über 30 °C werde die Abgasrückführung regelmäßig ganz abgeschaltet („Ausrampen“), was angesichts der in Deutschland vorherrschenden durchschnittlichen Temperaturen bedeute, dass die Abgasreinigung durchschnittlich bestenfalls drei Monate im Jahr funktioniere. Ohnehin sei das Thermofenster technisch entbehrlich, bei ausreichender Dimensionierung des Emissionskontrollsystems könne nach dem Stand der Technik in fast allen Betriebszuständen eine sehr geringe Emission an NOx realisiert werden und dabei den Bauteilschutz ermöglichen. Die Beklagte habe sich nur aus wirtschaftlichen Erwägungen (Kostenreduzierung durch billigere Bauteile, Behebung von Konstruktionseinschränkungen), zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs und zur Verhinderung von lästigen Wartungspflichten (Nachfüllen von AdBlue) für das Thermofenster entschieden.

Schließlich habe die Beklagte die [REDACTED] (OBD) dahingehend manipuliert, dass sie bei der Abgasuntersuchung fälschlicherweise melde, dass die Abgassysteme ordnungsgemäß funktionierten.

Das Software-Update, das der Beseitigung unzulässiger Abschaltvorrichtungen gedient habe, taue tatsächlich nicht zur Beseitigung des Problems, weil die Emissionswerte im Realbetrieb auch danach überschritten würden. Es führe vielmehr regelmäßig zu Folgemängeln in Gestalt von Leistungsverlust, erhöhtem Kraftstoffverbrauch, erhöhten Rohpartikelemissionen, erhöhten CO<sub>2</sub>-Emissionen, einem Ruckeln des Motors, sinkender Lebensdauer des Rußpartikelfilters, Versottung von Abgaskanälen und häufigerem Nachfüllen von AdBlue. Zudem verbleibe aufgrund des Makels ein merkantiler Minderwert.

Die Abschaltvorrichtungen seien von der Beklagten aus einfachen wirtschaftlichen Erwägungen



heraus im Rahmen einer Manipulationsstrategie des Konzerns eingebaut worden. Der Vorstand habe Kenntnis von den illegalen Abschaltvorrichtungen gehabt und diese zumindest gebilligt.

Sofern Nutzungsvorteile überhaupt anzurechnen seien, sei eine Gesamtleistung von mindestens 300.000 km anzunehmen.

Er meint, er habe Ansprüche auf Schadensersatz aus § 826 BGB, § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB, § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV, § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 16 UWG, § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 325 Abs. 2 und 6 StGB sowie aus §§ 280 Abs. 1 S. 1, 311 Abs. 3 BGB.

Der Kläger hat mit dem Klageantrag zu 1) ursprünglich 50.799,36 € Zug um Zug auch gegen Nutzungersatz von 6.580,34 € sowie die Zahlung von Deliktzinsen verlangt.

Der Kläger beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an ihn 42.858,81 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 22.11.2019 zu zahlen,

Zug-um-Zug gegen Übereignung und Herausgabe des Fahrzeugs der Marke VW vom Typ T6 Kombi 2.0 TDI 4-Motion mit der Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN)

nebst zwei Fahrzeugschlüsseln, Kfz-Schein und Kfz-Brief,

hilfsweise für den Fall, dass der Klageantrag zu 2) insgesamt abgewiesen wird,

2. festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, ihm Schadensersatz zu zahlen *für* Schäden, die aus dem Einbau einer unzulässigen Abschaltvorrichtung i.S.v. Art. 5 Abs. 2 EG-VO 715/2007 durch die Beklagte in das Fahrzeug der Marke VW vom Typ T6 Kombi 2.0 TDI 4-Motion mit der Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN) [REDACTED] resultieren.

weiterhin,

3. festzustellen, dass sich die Beklagte mit der Annahme der in vorgenannten Klageanträgen genannten Zug-um-Zug-Leistung im Annahmeverzug befindet,
4. festzustellen, dass der in Antrag zu 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt,
5. die Beklagte zu verurteilen, ihn von den durch die Beauftragung seiner Prozessbevollmächtigten entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 2.791,74 € freizustellen.

Im Übrigen

erklärt er den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt.

Die Beklagte widerspricht der Teilerledigungserklärung und beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie behauptet, das Thermofenster sei nach dem Stand der Technik zum Bauteilschutz erforderlich. Die Abgasrückführung sei in einem Temperaturbereich von -15 °C bis wenigstens 42 °C aktiv. Der SCR-Katalysator verhalte sich nach dem Software-Update sowohl auf dem Prüfstand als auch im realen Fahrbetrieb hinsichtlich seines Wirkungsgrades und der AdBlue-Dosierung identisch.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Parteivorbringens wird auf die wechselseitigen Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

Die Klageschrift ist am 14.04.2020 bei Gericht eingegangen und der Beklagten am 26.06.2020 zugestellt worden.

## Entscheidungsgründe

Die Klage ist mit den Hauptanträgen überwiegend zulässig.

1.

Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich jedenfalls aus der rügelosen Verhandlung der Beklagten zur Hauptsache, § 39 ZPO.

2.

Die Zulässigkeit des Klageantrags zu 3) folgt aus den Vollstreckungserleichterungen der §§ 756, 765 ZPO.

3.

Die Klage ist hinsichtlich des Klageantrags zu 4) unzulässig, da es an einem Feststellungsinteresse im Sinne von § 256 Abs. 1 ZPO fehlt. § 850f Abs. 2 ZPO und § 302 Nr. 1 InsO betreffen nur natürliche Personen. Soweit der Kläger auf das Aufrechnungsverbot gemäß § 393 BGB abstellt, liegt kein rechtliches Interesse an der alsbaldigen Feststellung vor, da die bloße Möglichkeit, dass die Beklagte in der Zukunft mit nicht näher konkretisierten Ansprüchen die Aufrechnung erklären

könnte (was sie verfahrensrechtlich über die Vollstreckungsabwehrklage geltend machen müsste), keine gegenwärtige Gefahr der Unsicherheit mit sich bringt, die für ein Feststellungsinteresse aber erforderlich ist (vgl. insoweit BGH, Urteil vom 21.03.2006 zu VI ZR 77/05, NJW-RR 2006, 929 [Rn. 8]).

4.

In der einseitig gebliebenen Teilerledigterklärung liegt der zulässige Antrag auf Feststellung, dass sich der Rechtsstreit in der Hauptsache teilweise erledigt hat.

II.

Soweit die Klage mit den Hauptanträgen zulässig ist, ist sie im aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet und im Übrigen unbegründet.

1.

Der Kläger hat gegen die Beklagte dem Grunde nach einen Anspruch aus § 826 BGB.

a)

Die Beklagte hat den Kläger sittenwidrig geschädigt.

aa)

Sittenwidrig ist ein Verhalten, das nach seinem Gesamtcharakter, der durch umfassende Würdigung von Inhalt, Beweggrund und Zweck zu ermitteln ist, gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt. Dafür genügt es im Allgemeinen nicht, dass der Handelnde eine Pflicht verletzt und einen Vermögensschaden hervorruft. Vielmehr muss eine besondere Verwerflichkeit seines Verhaltens hinzutreten, die sich aus dem verfolgten Ziel, den eingesetzten Mitteln, der zutage getretenen Gesinnung oder den eingetretenen Folgen ergeben kann (vgl. BGH,

Urteil vom 25.05.2020-VI ZR 252/19, juris Rn. 15).

bb)

Das streitgegenständliche Fahrzeug wies bei Auslieferung jedenfalls eine unzulässige Abschalt-einrichtung, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen verringerte, im Sinne von Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007 auf.

Nach der ursprünglichen Programmierung war die Dosiermenge an AdBlue vom Füllstand abhängig in dem Sinne, dass mit abnehmendem Füllstand die Dosiermenge abnimmt. Dies ergibt sich aus dem vom Kläger als Anlage K 2d vorgelegten „Statusbericht Diesel“ (dort S. 5). Die Beklagte hat diesen Sachvortrag zum ursprünglichen Zustand nicht erheblich bestritten, sondern lediglich vorgetragen, dass die „angeblich unzulässige Harnstoffdosierung“ „nach dem bereits durchgeführten Software-Update“ nicht bestehe und die AdBlue-Dosierung „nach dem Software-Update“ sowohl auf dem Prüfstand als auch im realen Fahrbetrieb identisch sei (S. 19-20 der Klageerwiderung), so dass der klägerische Sachvortrag zum ursprünglichen Zustand als zugestanden anzusehen ist, § 138 Abs. 2 und 3 ZPO. •

Durch die bei abnehmendem Füllstand niedrigere Harnstoffdosierung wurde die Wirkung des SCR-Katalysators verringert, Art. 5 Abs. 2 S. 1 VO (EG) 715/2007. Ausnahmen im Sinne von Art. 5 Abs. 2 S. 2 VO (EG) 715/2007 liegen nicht vor. Dass dies notwendig gewesen sei, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen und den sicheren Betrieb des Fahrzeugs zu gewährleisten (lit. a), behauptet die Beklagte selbst nicht. Die Funktion dieser Abschalteinrichtung war nicht auf die Zeit des Anlassens des Motors beschränkt (lit. b), und die Bedingungen entsprachen nicht den Bedingungen des NEFZ (lit. c), weil die Prüfung im NEFZ bei vollem AdBlue-Tank durchgeführt wird.

cc)

Ein mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung versehenes Fahrzeug ist sachmangelhaft, weil es sich wegen der Gefahr von Betriebsbeschränkungen oder -Untersagungen nicht zur gewöhnlichen Verwendung im Sinne von § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB eignet (vgl. BGH, Hinweisbeschluss vom 08.01.2019 -VIII ZR 225/17, NJW 2019, 1133 [Rn. 17]; BGH, Urteil vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 19-21).

dd)

Das bewusste Inverkehrbringen von serienmäßig mit einem Sachmangel versehenen Fahrzeugen ist jedenfalls dann als objektiv sittenwidrig zu beurteilen, wenn die Mangelhaftigkeit evident ist. So ist es hier, denn die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach Art. 5 Abs. 2 S. 2 VO (EG) 715/2007 liegen ganz offensichtlich nicht vor. Unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ist, wie oben ausgeführt, das Eingreifen eines Ausnahmetatbestands auch nur denkbar, die Beklagte macht Derartiges zudem selbst nicht geltend. .

b)

Verantwortlich hierfür war der Vorstand der Beklagten, dessen vorsätzliches Verhalten auch bezüglich der Schädigung der Fahrzeugkäufer der Beklagten zuzurechnen ist, § 31 BGB. Die Beklagte ist ihrer sekundären Darlegungslast nicht nachgekommen, weil der Kläger hinreichende Anhaltspunkte für eine Kenntnis des Vorstands von der Verwendung der unzulässigen Abschalt-einrichtung vorgetragen hat (die Funktionsweise ergab sich auch für technische Laien verständlich aus internen Unterlagen der Beklagten), besondere Schwierigkeiten des Klägers bestehen, konkrete Tatsachen darzulegen, aus denen sich die Kenntnis eines bestimmten Vorstandsmitglieds ergibt, und es der Beklagten möglich und zumutbar gewesen wäre, darzulegen, über welche Erkenntnisse sie diesbezüglich verfügt und welche Ermittlungen sie mit welchem Ergebnis insoweit angestellt hat (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 35-43, 61-63).

c)

Dem Kläger ist durch das sittenwidrige Verhalten der Beklagten ein Schaden entstanden, der in dem Abschluss des Kaufvertrags über das bemakelte Fahrzeug liegt. Der Kläger hat durch den ungewollten Vertragsschluss eine Leistung erhalten, die für seine Zwecke nicht voll brauchbar war. Das Gericht ist davon überzeugt (§ 286 Abs. 1 ZPO), dass der Kläger den Kaufvertrag in Kenntnis der illegalen Abschalt-einrichtung nicht abgeschlossen hätte. Es ist nach der Lebenserfahrung ausgeschlossen, dass ein Käufer ein Fahrzeug erwirbt, welches hinsichtlich des zentralen Bestandteils mit einem vorsätzlich hergestellten Serienmangel ausgestattet ist, insbesondere dann, wenn eine Betriebsbeschränkung oder -Untersagung droht und im Zeitpunkt des Erwerbs in

keiner Weise absehbar ist, ob dieses Problem behoben werden kann (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 44-55).

2.

Dem Kläger ist ein Schaden in Höhe des mit dem Klageantrag zu 1) noch verlangten Betrages entstanden.

a)

Der Kläger kann grundsätzlich Schadenersatz in Höhe des für das Fahrzeug gezahlten Kaufpreises sowie Ersatz der aufgewandten Darlehenszinsen geltend machen Zug um Zug gegen Übergabe und Übereignung des Fahrzeugs, § 249 Abs. 1 BGB. Ob das durchgeführte Software-Update das Problem nachfolgend tatsächlich behoben hat, ist unerheblich, weil der mit dem Vertragsschluss entstandene Schadensersatzanspruch nicht nachträglich aufgrund neuerer Umstände erlischt (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020 -VI ZR 252/19, juris Rn. 58).

b)

Der Kläger muss sich die gezogenen Nutzungsvorteile anrechnen lassen (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 64-77). Das Gericht schätzt diese (§ 287 Abs. 1 ZPO), indem der Bruttokaufpreis durch die voraussichtliche Restlaufleistung im Erwerbszeitpunkt geteilt und dieser Wert mit den gefahrenen Kilometern multipliziert wird, da diese höchstrichterlich anerkannte Methode (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 80-82) sachgerecht ist, weil sie unmittelbar auf das schädigende Ereignis abzielt und sowohl die zugeflossenen Nutzungsvorteile als auch den Wertverlust des Fahrzeugs berücksichtigt. Das Gericht geht von einer voraussichtlichen Gesamtlaufleistung von 300.000 km aus und berücksichtigt dabei, dass heutzutage Fahrzeuge langjähriger Nutzung in Deutschland vielfach in das Ausland verkauft und dort noch geraume Zeit weitergenutzt werden.

Auf der Grundlage des Nutzungsverhaltens des Klägers in der Zeit nach Abfassung der Klageschrift schätzt das Gericht, dass er vom Zeitpunkt der Ablesung am Vortag der mündlichen Verhandlung bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung weitere 33 km, insgesamt also 48.422

km zurückgelegt hat.  
Zu rechnen ist daher:

$$(50.799,36 \text{ €} : 300.000 \text{ km}) \times 48.422 \text{ km} = 8.199,36 \text{ €}$$

Es verbleibt ein Betrag von 42.600,00 €.

3.

Der Anspruch auf Verzugszinsen ist aus §§ 286 Abs. 1 S. 1, 288 Abs. 1 BGB begründet, da die Beklagte mit Ablauf der im Anwaltschreiben gesetzten Frist in Verzug geraten ist.

4.

Der Antrag auf Feststellung des Annahmeverzugs ist begründet. Die Beklagte befindet sich gemäß § 293 BGB mit der Annahme der ihr angebotenen Leistungen in Verzug. Das in der Stellung des Zug-um-Zug-Antrags in der mündlichen Verhandlung liegende wörtliche Angebot des Klägers war gemäß § 295 BGB ausreichend, weil die Beklagte bereits zuvor durch Ankündigung des Klageabweisungsantrags erklärt hatte, dass sie Leistungen des Klägers nicht annehmen werde.

5.

Die Erledigung der Hauptsache war nur in Höhe von 990,08 € festzustellen. Aufgrund des Nutzungsverhaltens wird geschätzt, dass der Kilometerstand im Zeitpunkt der Rechtshängigkeit bei 42.575 lag, so dass der Kläger während der Zeit der Rechtshängigkeit bis zur mündlichen Verhandlung 5.847 km zurückgelegt hat. Zu rechnen ist daher:

$$(50.799,36 \text{ €} : 300.000 \text{ km}) \times 5.847 \text{ km} = 990,08 \text{ €}$$

6.

Ein Anspruch auf Ersatz vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten (Klageantrag zu 5) ist unter Berücksichtigung der Anforderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung (vgl. BGH, Urteil vom



22.01.2019 - VI ZR 402/17, juris) nicht schlüssig dargetan. Es ist nicht vorgetragen, dass der Kläger seinen Prozessbevollmächtigten zunächst einen außergerichtlichen Auftrag erteilt hat, dabei die Abrechnung nach RVG-Gebühren vereinbart worden ist und ein außergerichtlicher Auftrag aus der Sicht des Geschädigten mit Rücksicht auf seine spezielle Situation zur Wahrnehmung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig war. Insbesondere ist aufgrund der Vielzahl der Parallelverfahren gegen die Beklagte vor dem Landgericht Berlin bekannt, dass ein außergerichtliches Vorgehen gegen sie grundsätzlich nicht erfolgversprechend ist. Gründe, weshalb ein außergerichtliches Vorgehen vorliegend dennoch zweckmäßig war, hat der Kläger nicht dargetan.

Eines gerichtlichen Hinweises bedurfte es nicht, da nur eine Nebenforderung betroffen ist.

1.

Über den Hilfsantrag zu 2. war nicht zu entscheiden, da die innerprozessuale Bedingung (vollständige Abweisung des Hauptantrags) nicht eingetreten ist.

2.

Der Beklagten war die in der mündlichen Verhandlung beantragte Erklärungsfrist nicht zu gewähren. Die im Rahmen der Erörterung vom Gericht geäußerte Einschätzung, dass ursprünglich unzulässige Abschalteinrichtungen vorhanden gewesen seien, stellte keinen richterlichen Hinweis im Sinne von § 139 Abs. 2 ZPO dar, weil es sich bei dieser Frage um den Kernpunkt des Rechtsstreits handelte, über den die Parteien offen gestritten haben, so dass die Beklagte ihn weder erkennbar übersehen noch für unerheblich gehalten hat.

3.

Das Vorbringen aus dem nach Schluss der mündlichen Verhandlung eingegangenen, nicht nachgelassenen Schriftsatz der Beklagten vom 05.03.2021 ist gemäß § 296a S. 1 ZPO nicht berücksichtigt worden, der Schriftsatz bot auch keine Veranlassung zur Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung, § 156 ZPO.

4.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 Abs. 1 S. 1 ZPO.

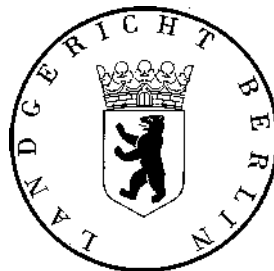
Der Ausspruch zur vorläufigen Vollstreckbarkeit findet seine Grundlage in §§ 709 S. 1 und 2, 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Niebisch

Vorsitzender Richter am Landgericht

Verkündet am 12.03.2021

Wolff, JBesch  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Für die Richtigkeit der Abschrift  
[Redacted], 15.03.2021

Wolff, JBesch  
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt  
- ohne Unterschrift gültig